Berlin

Verzögert sich die E-Akte?

[25.02.2020] Die Einführung der E-Akte in Berlin ist bis Januar 2023 vorgesehen. Sie könnte sich nach Angaben des Tagesspiegel verzögern. Grund ist ein laufendes Prüfverfahren der Vergabekammer.

In der Berliner Verwaltung soll die E-Akte bis Januar 2023 eingeführt werden. Ob dies klappt, ist unklar. Denn aktuell läuft ein Prüfverfahren der Vergabekammer, welches die Ausschreibung für die elektronische Akte in der Berliner Verwaltung kippen könnte. Das teilt der Tagesspiegel in seiner Online-Ausgabe mit. Laut Berlin-CIO Sabine Smentek sollen die Ergebnisse des Prüfverfahrens am 11. März 2020 bekannt gegeben werden. Erst dann sei klar, ob der im E-Government-Gesetz (wir berichteten) festgelegte Zeitplan für die Einführung der E-Akte zu halten sei, erklärte Smentek. Im schlimmsten Fall drohe eine Wiederholung der Ausschreibung. Spätestens dann wäre der mit Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2016 festgesetzte Zeitplan unmöglich zu halten. Schon jetzt aber haben nach Angaben des Tagesspiegel immer mehr Abgeordnete und Beobachter Zweifel daran, dass Berliner Behörden die Daten der Bürger in weniger als drei Jahren ausschließlich elektronisch verwalten.

(ba)

Der Beitrag im Tagesspiegel vom 17. Februar 2020

Stichwörter: Dokumenten-Management, Berlin, E-Akte, Sabine Smentek